

Sorgsam Haushalten!

Die nächsten Monate bis zur neuen Ernte werden, so heißt es in einer Mitteilung des Lebensmittelamts, ein besonders sorgsames Haushalten mit den knappen Vorräten verlangen. Es wird zwar möglich sein, durch erhöhte Verteilung von Nahrungsmitteln wie Gruppen, Hafer, sowie von Dörrengemüse, Sauerkraut, vielleicht auch Fleisch, einen teilweisen Ersatz für die fehlenden Kartoffeln zu schaffen. Bei den Kartoffeln ließ sich aber angesichts der wenig günstigen Ausichten für die Zufuhr eine weitere Streckung auf ein halbes Pfund für den Kopf und Tag nicht vermeiden. Die Kartoffelversorgung Frankfurts ist übrigens günstiger, als die der meisten westlichen Großstädte, namentlich in den Rheinlanden. Dort ist man schon längst auf die Ration von drei Pfund für den Kopf und die Woche zurückgegangen. Die Hoffnung ist nicht ausgeschlossen, daß die jetzt veranstaltete Ausnahme in den östlichen Produktionsgebieten doch größere Vorräte ergibt und daß es den unausgesetzten Bemühungen der Kartoffelversorgungsstelle gelingt, doch noch aus Pommern den größten Teil der uns dort angewiesenen Mengen herbeizuschaffen. Vorläufig muß aber damit gerechnet werden, daß bis zum 1. Juni keine neuen Kartoffelscheine ausgegeben werden. Wer also seine ganzen Kartoffeln auf die im Herbst verteilten Scheine schon bezogen hat, kann bis zum 1. Juni keine Zuweisung mehr erwarten und wer noch Scheine besitzt, muß sie so verteilen, daß er bis zum 1. Juni ausreicht. Es wird deshalb wiederholt auf das Dringende empfohlen, in erster Linie die jetzt noch sehr gut genießbaren und zu den verschiedenartigsten Gerichten geeigneten Rüben zu verwenden und die Kartoffelvorräte zu schonen.

Was die Versorgung mit Mehl und Brot betrifft, so hat man nach den im Herbst ergangenen Veröffentlichungen noch zu Beginn des Jahres hoffen können, daß die auf Grund der letzten Volkszählung herabgesetzte Zuweisung an Mehl durch eine Erhöhung der Kopfquote ausgeglichen werde, daß also die monatlich für Frankfurt verfügbare Menge von rund 29 000 Doppelzentnern dieselbe bleiben würde. Das ist leider nicht eingetreten. Wir erhalten jetzt etwa 2000 Doppelzentner Mehl im Monat weniger als seither. Der Ausgleich kann in der Hauptsache nur durch eine Beschränkung der bis jetzt sehr reichlich ausgegebenen Zusatzscheine auf das durch die Verordnungen der Reichsgetreidestelle gegebene Maß herbeigeführt werden. Das trifft gewisse Kreise, die sich seither — zum Teil allerdings zu Unrecht — im Besitz von Zusatzscheinen befanden sehr schmerzlich. Es besteht aber die Gefahr, daß wenn die nötige Einsparung nicht durch die durchgeführte schriftliche Kontrolle der Scheinausgabe und die vorgesehene Einschränkung der Zusatzscheine erreicht wird, eine Herabsetzung der allgemeinen Brotration erfolgen muß; das würde die gesamte Bevölkerung natürlich noch viel empfindlicher treffen. Aus dieser Erwägung hat das Lebensmittelamt den Vorschlägen der Brotverteilungsstelle zugestimmt und erwartet, daß auch die von der Neuregelung Betroffenen sich im Interesse der Gesamtbevölkerung mit der Einschränkung abfinden werden.